

Wahlprüfsteine des JRK Westfalen-Lippe zur Wahl des 18. Landtags in NRW am 15.05.22

Frage 6: Junge Menschen mit und ohne Behinderungen haben ein Interesse daran, sich sicher, ökologisch und selbstbestimmt zu bewegen. Auf welche Weise plant ihre Partei, Mobilität für alle Menschen im städtischen und ländlichen Raum zu fördern?

The logo of the Christian Democratic Union (CDU) is displayed in red text on a light gray rectangular background.

Die Möglichkeit, zuverlässig und flexibel mobil zu sein, bestimmt wesentlich die Lebensqualität der Menschen. Dabei darf es keine Rolle spielen, ob man in Ballungsräumen oder auf dem Land lebt. Als Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe muss Mobilität bezahlbar sein. Ihre Kosten dürfen nicht zur sozialen Frage werden. Und: Mobilität muss nachhaltig sein. Zur Erreichung der Klimaziele muss der Verkehrssektor seine Emissionen bis 2030 halbieren. Mit unserer Zielnetzkonzeption für den Schienenpersonennahverkehr wird perspektivisch jede Kommune ab 20.000 Einwohnern eine Schienen- oder Schnellbusanbindung bekommen. Wir setzen außerdem auf einen flächendeckenden Ausbau von On-Demand-Angeboten. Zur Erschließung der letzten Meile müssen im ÖPNV-Angebot künftig flächendeckend auch Sharing-Angebote enthalten sein. Bislang untersagt der Bund die Finanzierung solcher Angebote aus Mitteln des ÖPNV. Wir werden uns beim Bund dafür einsetzen, dies zu ändern. Zur besseren Vernetzung von ÖPNV, Fahrrad und Car-Sharing richten wir weitere 1.000 Mobilstationen ein.

The logo of the Social Democratic Party (SPD) is displayed in white text on a red rectangular background.

Mobilität ist für uns ein zentraler Baustein der Daseinsvorsorge, Voraussetzung für gleichwertige Lebensverhältnisse und die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschafts- und Logistikstandorts Nordrhein-Westfalen. Wir wollen und wir müssen die Verkehrsinfrastruktur unseres Landes ausbauen und modernisieren, auch damit die vielfältigen Mobilitätsangebote für die Menschen zukunftssicher aufgestellt sind. Wir wollen die Verkehrswege so ausbauen, dass alle Verkehrsträger attraktive Angebote für die Mobilität der Menschen und der Wirtschaft bieten können. Das bedeutet einen erheblichen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur vom Fuß- und Radverkehr über ÖPNV und Schiene bis zur Stärkung der

Binnenschifffahrtswege. Mobilitätsangebote müssen für alle erreichbar und bezahlbar sein, denn Mobilität sichert gesellschaftliche Teilhabe und wirtschaftlichen Erfolg.



Mobilität ist Voraussetzung für Teilhabe. Wir fördern alle Verkehrsträger und wollen eine echte Wahlfreiheit gerade auch für junge Menschen schaffen. Um die ÖPNV-Angebote zukünftig noch kundenfreundlicher zu gestalten und die Umsetzung neuer Angebote zu ermöglichen, wollen wir den Einsatz der finanziellen Mittel durch die Verbände noch besser steuern. Ziel ist die Umsetzung einheitlicher Tarife und Tickets, einfacherer Zugangssysteme, einheitliche Verkaufsinformationen und insbesondere der konsequente Ausbau von On-Demand-Angeboten. Den mit „Eezy“ begonnenen Weg zu einem einfachen und einheitlichen Tarifsystem, das in ganz Nordrhein-Westfalen gilt, wollen wir konsequent weitergehen. Damit entfallen wesentliche Hürden bei der ÖPNV-Nutzung. Mit Sozial-, Schüler-, Studenten- und Azubitickets haben wir ein breit gefächertes Angebot gerade für junge Menschen und Menschen mit weniger Geld. Das wollen wir fortführen. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass der Zustieg zum ÖPNV an jedem Ort in Nordrhein-Westfalen per Handy-App möglich wird. In allen Fällen stehen wir zu dem gesetzlich vorgesehenen Ziel der Barrierefreiheit. Diese ist durch die Aufgabenträger sicherzustellen.

Zudem haben wir mit dem Fahrradgesetz eine Grundlage für eine langfristige Stärkung des Radverkehrs gelegt. Seit unserer Regierungsübernahme wurde weit mehr in die Radinfrastruktur investiert als zuvor. Dies wollen wir verstetigen. Wir werden damit in den folgenden Jahren in ein umfassendes, landesweites Netz von unterschiedlichen Fahrradwegen von Radschnellwegen, Radvorrangrouten bis zu einfachen Radwegen auf Feldwegen investieren



Grundsätzlich wollen wir grüne Mobilität für alle Menschen ermöglichen, unabhängig davon, ob sie Auto fahren können oder wollen. Deshalb streben wir eine Mobilitätswende an und machen uns dafür stark, dass insbesondere der Schienenverkehr, der ÖPNV und der Rad- und Fußverkehr stärker unterstützt und die Infrastruktur dafür ausgebaut wird. Beispielsweise wollen wir – ähnlich wie in Baden-Württemberg geplant – eine Mobilitätsgarantie einführen. D.h. wir wollen

erreichen, dass in allen Gemeinden – auch im ländlichen Raum – zuverlässig und regelmäßig eine Nahverkehrsanbindung vorhanden ist. Dies muss nicht zwangsläufig ein großer Bus sein, sondern kann auch durch On-Demand-Angebote abgedeckt werden. Außerdem wollen wir ein Netz von Schnellbuslinien einführen, die es insbesondere Pendler*innen ermöglicht, auf den ÖPNV umzusteigen, vor allem dort, wo es bislang keine Schienenanbindung gibt oder diese in der Vergangenheit abgebaut wurde. Denn der dringend notwendige Neubau oder die Reaktivierung von Schienenstrecken ist sehr teuer und dauert oft Jahrzehnte – solange wollen wir nicht warten, deshalb sind Schnellbusse eine gute Übergangslösung. Außerdem wollen wir neue Finanzierungsmodelle wie beispielsweise ein solidarisch finanziertes kommunales Bürgerticket ermöglichen und uns am Beispiel Österreich orientieren, das mit dem sogenannten „Klimaticket“ den Nahverkehr deutlich preiswerter für alle gemacht hat. Ein großes Problem, das immer noch vielfach besteht, ist die barrierefreie Zugänglichkeit von Bahnsteigen und Fahrzeugen. Auch hier wollen wir deutlich mehr als bisher tun, damit alle Menschen ohne Schwierigkeiten den Schienennahverkehr oder den ÖPNV nutzen können. Diese Vorhaben brauchen eine entsprechende Finanzierung. Deshalb wollen wir den Neubau von neuen Straßen auf das Notwendigste beschränken und den Schwerpunkt wieder auf die Sanierung der Straßeninfrastruktur legen, damit die Infrastruktur, insbesondere die Brücken, erhalten bleibt und die damit freiwerdenden Mittel und Ressourcen in die Mobilitätswende gesteckt werden können. Insbesondere in den Städten ist der vorhandene Raum durch den Autoverkehr und Parkplätze stark eingeschränkt. Auch hier wollen wir mehr Platz für den Rad- und Fußverkehr schaffen und so die Aufenthaltsqualität verbessern. Dazu gehört bspw. auch, dass wir dafür Sorge tragen wollen, dass das (rechtlich eigentlich illegale) Gehwegparken nicht mehr länger von den Ordnungsbehörden geduldet wird und so alle Bürger*innen, vor allem aber auch Menschen mit Behinderungen, die Gehwege ungehindert nutzen können. Mit einem wirksamen Radverkehrsgesetz für NRW wollen wir die Voraussetzungen für ein dichtes Netz an regionalen und kommunalen Radwegen schaffen, damit alle sicher und komfortabel das Rad nutzen können. Unser Ziel ist es, den Radverkehrsanteil auf 25 Prozent am Gesamtverkehrsaufkommen zu erhöhen.



Der Straßenverkehr ist zu verringern. Das erfordert jedoch den Ausbau und die Verbesserung der Infrastruktur anderer Verkehrsträger. Ziel einer NRW-Verkehrspolitik muss die Abkehr vom Auto hin zu öffentlichen Verkehrsmitteln und dem Fahrradverkehr sein – auch im ländlichen Raum! Die ÖDP fordert, dass die Landesregierung dafür Sorge trägt, dass in ganz NRW kostenlos Fahrräder in den Regionalzügen mitgenommen werden können.
